



Stadtrat Chr. Stähle * Ziegelstrasse 3 * 73033 Göppingen

An

Herrn Oberbürgermeister Till
Hauptstrasse 1
73033 Göppingen

Im Göppinger Gemeinderat
Stadtrat Christian Stähle

Ziegelstrasse 3 * 73033 Göppingen
mobil 0176 – 96056296

stadtrat-staehle@gmx.de
www.linke-stadtrat-goeppingen.de

20.02.2012

Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren des Ordnungsamtes Göppingen zu der Nazi – Demo am Samstag auf dem Markplatz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Till,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Zull,

**es liegt mir folgende Mail von einem/er Bürger_in vor, die, und das möchte ich
ausdrücklich feststellen, nicht Mitglied unserer Partei ist und keine persönliche oder
private Nähe zu mir oder meiner Partei hat:**

Sehr geehrter Herr Stähle,

letzten Samstagmittag (18.2.2012) traf ich auf eine Versammlung ("Gedenkfeier") der Autonomen Nationalisten sowie der NPD (ein Plakat war eindeutig mit NPD markiert) auf dem Marktplatz in Göppingen. Erst war ich völlig fassungslos, protestierte dann aber lautstark. 3 der Faschisten kamen auf mich zu und forderten mich auf, die Gedenkfeier nicht zu stören, sonst würden sie mich bei der Polizei anzeigen. Ich rief unbeirrt weiter "Nazis raus". Daraufhin bedrängte mich einer der drei Männer immer stärker, raunzte mit bedrohlicher Stimme "Halt's Maul" und nötigte mich körperlich, indem er mein Fahrrad auf mich schob. Wer weiß, was geschehen wäre, wenn nicht Polizisten und ein Beobachter eingeschritten wären. Er wurde aufgefordert, das zu lassen. Daraufhin fuhr ich völlig aufgeregt mit dem Fahrrad schnell nach Hause und habe Sie, Herrn Stähle, sowie Herrn Fritz von den Grünen und Herrn Bidlingmaier von der SPD telefonisch kontaktiert, um zu erfahren, ob die Parteien bzw. die Stadträte von der Stadtverwaltung über diese Versammlung informiert worden waren. Alle waren anscheinend nicht informiert, jedoch genauso erstaunt und entsetzt wie ich.

Ich beschloss, nach dem Wochenende, der Sache auf den Grund zu gehen und rief heute (20.2.2012) vormittag gegen 9:30 Uhr die Stadtverwaltung Göppingen an, um zu erfahren, welche Behörde für die Genehmigung einer solchen Versammlung zuständig sei. Mir wurde die Durchwahl des Herrn Leib oder Laib, Ordnungsamt/Verkehr/GVD/Waffenrecht gegeben, den ich nach mehreren Anläufen auch persönlich erreichte und ihn zu der Angelegenheit befragen durfte. Herr Leib gab mir bereitwillig Auskunft, erklärte mir aber, solch eine Versammlung sei nicht genehmigungspflichtig, müsse aber 48 Stunden vorher angemeldet werden. Ich habe daraufhin Herrn Leib gefragt, ob die Versammlung 48 Stunden vorher angekündigt worden war. Er druckste etwas herum und antwortete, die Ankündigung sei fälschlicherweise zuerst bei einer anderen Behörde gelandet und somit etwas verspätet auf seinem Tisch.

(2)

Ich ließ nicht locker und fragte ihn nach der "falschen" Behörde sowie nochmals, wann die Anfrage bei ihm eingegangen sei. Herr Leib sagte mir, die Anfrage oder Ankündigung sei beim Landratsamt eingegangen. Somit sei er erst am späten Freitagvormittag davon informiert worden.

Ich habe erwidert, dass man ja somit die Versammlung sehr einfach unterbinden hätte können. Herr Leib widersprach und behauptete, die Versammlung sei nicht genehmigungspflichtig außerdem sei es in der Zeit möglich gewesen, die Polizeikräfte zu mobilisieren um die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und somit habe die Versammlung stattfinden können.

Ich habe auch ausdrücklich nachgefragt, ob OB Till davon informiert war, was Herr Leib bejahte. Man habe die Sache möglichst kleinhalten wollen u. außerdem seien ja "diese Leute sehr gut über ihre rechtlichen Möglichkeiten informiert".

Ich habe daraufhin mehrmals Kritik geäußert, dass ansonsten niemand von dieser Versammlung informiert worden war, keine Parteien, keine Stadträte, keine Presse. Herr Leib hatte für meine Kritik leider kein Verständnis, ob ich wolle oder nicht, habe auch diese Gruppierung ein Recht auf Versammlung und verwies mich an den OB, den ich heute leider nicht persönlich in der Sache sprechen konnte, da er im Urlaub sei.

Ich bitte Sie, Herr Stähle, wie Sie mir auch telefonisch zugesichert haben, meinen Namen öffentlich nicht zu nennen, da ich Angst habe, dass meine Familie gefährdet ist. Auf der Internetseite der Autonomen Nationalisten Göppingen sind genügend Themen und Parolen zu lesen, die diese Angst meinerseits nicht unbegründet lassen. Meiner Meinung nach, müsste diese Gruppierung, wenn nicht schon geschehen, vom Verfassungsschutz beobachtet werden, da sie eindeutig aufruft, das derzeitige Politiksystem und damit die Demokratie beenden wollen.

Hier nun meine Fragen zu den Informationen des/der Bürger_in von der LINKEN im Gemeinderat:

1. entspricht es der Tatsache, dass der Antrag der NeoNazis erst im Laufe des Freitag Vormittags dem Ordnungsamt Göppingen vorlag
2. Wieso wurde durch den formalrechtlichen Fehler der Faschisten nicht jenseits der politischen Einschätzung vom Ordnungsamt diese Steilvorlage genutzt? Da die 48 Std. bis Samstag 12:00 Uhr in Göppingen nicht mehr gereicht hätten, wäre eine Untersagung der Versammlung für den Samstag möglich gewesen.

Sehr geehrter Herr Till, bei allem Respekt vor Ihrer Betroffenheit:

Oberbürgermeister Guido Till, der den Aufruf von Autonomen Nationalisten und NPD-Anhängern aus dem Rathaus heraus verfolgte, sprach von einem Skandal. „Für einen Demokraten ist das schwer zu ertragen“ (Zitat nach der Stuttgarter Zeitung von heute),

diese verliert an Glaubwürdigkeit, wenn Ihr Haus der Presse darüber hinaus vermittelt, dass der Aufmarsch ordnungsrechtlich nicht zu untersagen war. Die Stadt hätte also formalrechtlich die Versammlung untersagen können, da die 48 Stunden von den Antragstellern nicht eingehalten wurden.

Ich möchte Sie bitten, mich über diese unprofessionelle Vorgehensweise der Stadt aufzuklären. Auch möchte ich Sie bitten, dafür Sorge zu tragen, dass Ihre zuständigen Abteilungen stärker sensibilisiert werden. Demokratischer Tenor müsste doch sein, alle formalrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um Naziaufmärsche in unserer Stadt zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Stähle (StR)

Kreisvorsitzender